



Nr. 21

8. Juni 2016

Inhalt

[Kaum verbesserte Betriebsratsrechte bei Leiharbeit und Werkverträgen+++](#)

[Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst: dbb jugend fordert Datenbasis und Maßnahmenkatalog+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[DBB NRW: Dienstrechtsreform bleibt trotz Verbesserungen ein Reförmchen+++](#)

[Sachsen-Anhalt: Mehr Schutz für Polizisten durch Body-Cams+++](#)
[dbb schleswig-holstein begrüßt Zustimmung zum Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes+++](#)

[Saarbahn - GDL bietet Rückkehr an den Verhandlungstisch an+++](#)

[DPolG: Flüchtlinge nicht unter Generalverdacht stellen+++](#)

[DPVKOM: Viele Zusteller sind überlastet+++](#)

[VBB zu Gesetzesnovelle: Soldatenbeteiligung bleibt Thema+++](#)

[VBE begrüßt Urteil gegen Cybermobbing+++](#)

[DPhV: Länder ohne Verbeamtung von Lehrkräften werden die Verlierer sein+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Informationsdienst des dbb

Kaum verbesserte Betriebsratsrechte bei Leiharbeit und Werkverträgen

(dbb) Mit dem Beschluss vom 1. Juni 2016 über die Vorlage des Gesetzentwurfs zur Bekämpfung des Missbrauchs bei Leiharbeit und Werkverträgen arbeitet das Bundeskabinett ein weiteres Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag ab. Für die Betriebsratsarbeit bringt der Gesetzentwurf nach Auffassung des dbb allerdings kaum Verbesserungen.

Zwar sei die gesetzliche Verankerung des Anspruchs des Betriebsrats auf Information über Art und Umfang der vergebenen Aufgaben und die vertragliche Ausgestaltung der eingesetzten Werkvertragsnehmerinnen und -nehmer richtig. Dasselbe gelte für die Informationsrechte des Betriebsrats im Zusammenhang mit der Beschäftigung von Leiharbeitsnehmern. Auch dass Leiharbeiter nicht nur wählen, sondern auch zählen sollen, sei zu

befürworten. Doch handele es sich bei all dem im Wesentlichen nur um die gesetzliche Klärstellung dessen, was die Rechtsprechung den Betriebsräten ohnehin bereits gewährt. Wirksamere Instrumente, insbesondere Mitbestimmungsrechte, wie sie der dbb gefordert hatte, werden den Betriebsräten nicht an die Hand gegeben.
(01/21/16)

Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst: dbb jugend fordert Datenbasis und Maßnahmenkatalog

(dbb) Die dbb jugend fordert eine bundesweite und valide Erhebung von Daten zu Übergriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Das hat die Bundesvorsitzende der dbb jugend (dbbj) Sandra Kothe am 6. Juni 2016 in Berlin in einem Gespräch mit dem Sprecher der Arbeitsgruppe Inneres der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Stephan Mayer deutlich gemacht.

Es sei gut, dass die Politik Gewalt gegen Beschäftigte grundsätzlich als Problem erkannt habe, sagte Kothe. „Wir wünschen uns, dass der Fokus dabei nicht nur auf die Polizei, sondern auch auf alle anderen Bereiche der Verwaltung, der Pflege und der Bildung gelegt wird, denn auch dort gibt es Übergriffe.“ Es müssten endlich bundesweit Daten zu Gewalt, egal ob physischer oder psychischer Natur, systematisch erfasst werden. Ebenso müssten entsprechende Gefährdungsanalysen in den Behörden, Dienststellen und sonstigen Einrichtungen des öffentlichen Dienstes durchgeführt werden. „Auf Basis dieser Datenanalyse kann

dann ein Maßnahmenkatalog entwickelt werden, der allerdings auch mit ausreichenden Mitteln unterfüttert werden muss“, sagte Kothe.

Mayer, der Mitglied im Innenausschuss des Bundestages ist, bekräftigte, dass das Thema Gewalt gegen Beschäftigte höchste Priorität habe. Die Regierungsparteien seien derzeit dabei, ein Maßnahmenpaket zu entwickeln. Darüber hinaus werde über eine medienwirksame Kampagne sowie über gesetzgeberische Maßnahmen nachgedacht.
(02/21/16)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

DBB NRW: Dienstrechtsreform bleibt trotz Verbesserungen ein Reförmchen

(dbb) „Trotz einiger Verbesserungen ist der große Wurf auch mit dem neuen Antrag nicht gelungen.“ Diese Einschätzung des Gesetzentwurfs zur Dienstrechtsreform in Nordrhein-Westfalen trifft der DBB NRW. Der Gesetzentwurf bringe für die Beamtinnen und Beamten einige Vorteile, „aber das eigentliche Ziel wird verfehlt, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen und damit dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken“, so der Landesvorsitzende Roland Staude am 2. Juni 2016. Hintergrund sei vor allem das Gebot der Kostenneutralität. Denn ohne finanzielle Mittel seien keine Reformen, sondern höchstens Reparaturen möglich.

Was ist die Treue von Beamten wert? Zumindest diese Frage werde nach dem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen künftig nicht mehr mit „Null Komma Nix“ beantwortet werden müssen. Denn nach dem Willen der Regierungsfractionen wird die so genannte Jubiläumsszuwendung für Beamtinnen und Beamte wieder eingeführt. 300 Euro sollen sie dann für 25-jährige Treue erhalten, zum 40. und 50. Dienstjubiläum soll es 450 beziehungsweise 500 Euro geben. „Wir freuen uns sehr, dass die Fraktionen unseren Empfehlungen nachgekommen sind und den Beamtinnen und Beamten diesen Akt der Wertschätzung zukommen lassen wollen“, so Staude.

Eine weitere wichtige Änderung ist die Abschaffung der Besoldungsgruppen A3 und A4. Diese sei absolut zeitgemäß, da die Besoldung bei einer Vollzeitätigkeit nur knapp über dem Sozialhilfe-Niveau liegt. „Daneben haben es

noch einige weitere DBB-Forderungen in den Antrag der SPD und Grünen geschafft, etwa die Erprobung von Langzeitarbeitskonten, der Anspruch auf Auskunft über die Alterseinkünfte sowie die Angleichung der Gefahrenzulage für Polizei-, Feuerwehr und Vollzugsbeamte. Diese wird künftig zusammen mit anderen Zulagen auch für die Berechnung der Altersbezüge relevant“, so Staude.

Zu viele Chancen blieben aber ungenutzt, und zu viele wichtige Bereiche würden nur in schöne Worthülsen gekleidet. So tauchen zum Beispiel die Worte Personalentwicklung, interkulturelle Kompetenzen und Gesundheitsmanagement im Gesetzentwurf auf, wie genau sie ausgestaltet werden sollen bleibt jedoch offen. Weder gebe es verbindliche Standards, noch werde Geld oder Personal dafür eingeplant. (03/21/16)

Sachsen-Anhalt: Mehr Schutz für Polizisten durch Body-Cams

(dbb) Body-Cams sollen künftig Sachsen-Anhalts Polizisten vor Gewalt schützen, wie die „Volksstimme“ (Ausgabe vom 7. Juni 2016) berichtet. dbb Landeschef Wolfgang Ladebeck sieht im Einsatz der Körperkameras ein geeignetes Mittel zur Verbesserung der Eigensicherung von Polizeibeamten. „Die Hemmschwelle, Polizisten im Einsatz zu attackieren wird steigen, wenn der Angreifer befürchten muss, dass er gefilmt wird und sein Angriff als Beweismittel vor Gericht dienen kann“, sagte Ladebeck, der auch Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) ist.

Auf mögliche Kritik von Datenschützern, die darin einen Eingriff in das Recht der informationellen Selbstbestimmung sehen, reagierte Ladebeck gelassen. „Sicherlich treffen hier zwei verfassungsrechtlich geschützte Rechte aufeinander: das Recht des Polizisten auf seine körperliche Unversehrtheit und das Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung. Deshalb brauchen wir eine klare gesetzliche Grundlage für den Einsatz der Körperkameras“, so Ladebeck. Damit Body-Cams kein „ausuferndes Überwachungsinstrument“ werden, müssten Datenschutzprobleme von Anfang an mitgedacht werden. Bei der Videoaufzeichnung und bei der Datenauswertung seien hohe Transparenzmaßstäbe anzulegen. Nach Ladebecks Auffassung dürften Body-Cams

aber nicht isoliert betrachtet werden, sondern seien Teil bereits existierender Sicherheitsmaßnahmen.

Auf die Prüfung des Einsatzes von Body-Cams in der Landespolizei im Rahmen eines Modellversuchs haben sich CDU, SPD und Grüne im Koalitionsvertrag geeinigt. Dazu soll die gesetzliche Grundlage für einen Probetrieb von maximal zwei Jahren in den drei kreisfreien Städten Magdeburg, Halle und Dessau-Roßlau geschaffen werden. Innenminister Holger Stahlknecht will einen entsprechenden Gesetzentwurf nach der parlamentarischen Sommerpause in den Landtag einbringen. (04/21/16)

dbb schleswig-holstein begrüßt Zustimmung zum Prüfungsrecht des Landesrechnungshofes

(dbb) Fraktionen des schleswig-holsteinischen Landtags wollen eine Gesetzesinitiative unterstützen, die dem Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht für die aus dem Landeshaushalt ab-

fließenden Mittel zur Eingliederungshilfe einräumt. Dabei geht es um mehr als 650 Millionen Euro jährlich. Der dbb schleswig-holstein hatte kürzlich ein solches Prüfungsrecht für den Landesrechnungshof gefordert und kritisiert, dass ein so großer Betrag aus dem Landeshaushalt bislang ohne jedes Controlling und Benchmarking abfließt.

Die Gesetzesinitiative soll in Kürze verabschiedet werden. „Der dbb schleswig-holstein begrüßt ausdrücklich, dass nunmehr alle Fraktionen zur – teilweise späten – Einsicht gelangt sind, dass der Landesrechnungshof ein Prüfungsrecht für die Eingliederungshilfe haben

muss. Damit werden unsere Forderungen, insbesondere nach transparenten Verfahren, umgesetzt“, sagte die dbb Landesvorsitzende Anke Schwitzer am 2. Juni 2016 in Kiel. (05/21/16)

Saarbahn - GDL bietet Rückkehr an den Verhandlungstisch an

(dbb) In die Tarifeinwanderung zwischen der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Saarbahn GmbH soll Bewegung kommen: Nach der Vorlage eines neuen Angebots durch den Arbeitgeber am 2. Juni 2016 hat die GDL angeboten, die Verhandlungen am 14. Juni 2016 in Frankfurt am Main wieder aufzunehmen.

„Zwar ist auch das neue Angebot nicht ausreichend“, sagte der GDL-Bundesvorsitzende und dbb Vize Claus Weselsky. Wie die beiden Angebote zuvor berücksichtigte es nicht die GDL-Forderungen nach den tarifvertraglichen Regelungen, die bereits für 97 Prozent der Lokomotivführer in Deutschland gelten würden. „Doch im Interesse der Kunden der Saarbahn und in

Erwägung einer möglichen Konsenslösung kehren wir an den Verhandlungstisch zurück.“

Mit der Wiederaufnahme der Verhandlungen träte die Friedenspflicht in Kraft. Damit wären weitere Streiks zunächst ausgeschlossen. (06/21/16)

DPoIG: Flüchtlinge nicht unter Generalverdacht stellen

(dbb) Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), Rainer Wendt, hat angesichts der jüngsten Anschlagpläne auf die Düsseldorfer Innenstadt davor gewarnt, Flüchtlinge unter Generalverdacht zu stellen. Es sei ganz offensichtlich die Strategie des Islamischen Staates (IS), Flüchtlinge zu diskreditieren, indem die Terrororganisation eigene Leute als Asylbewerber nach Europa einschleuse, sagte Wendt am 3. Juni 2016 der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Nötig wäre das nicht. Der IS hat viel Geld und könnte andere Wege nutzen.“

Die Terrororganisation tue es trotzdem, um gezielt Flüchtlinge in Misskredit zu bringen und Ängste vor ihnen zu schüren. „Dem muss man entschieden entgegenreten“, forderte Wendt. „Es wäre furchtbar, den Menschen, die in Deutschland Schutz suchten, pauschal Terrorabsichten zu unterstellen.“ Wendt sagte, er könne auch die rechtspopulistische AfD nur davor warnen, den aktuellen Fall zu nutzen, um daraus politisch Kapital zu schlagen.

verdächtige aus Syrien wurden in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Baden-Württemberg festgenommen. Ein vierter Mann sitzt in Frankreich in Untersuchungshaft. Sie sollen den Anschlag im Auftrag der IS-Spitze geplant haben.

Die Sicherheitsbehörden hatten nach eigenen Angaben einen geplanten Anschlag des IS in der Düsseldorfer Altstadt vereitelt. Drei Terror-

Nach dpa-Informationen hatte einer der Männer in Deutschland Asyl beantragt und wurde in Brandenburg in einer Asylunterkunft gefasst. Der Sender SWR berichtete, dass auch die beiden anderen Syrer in Flüchtlingsunterkünften lebten. (07/21/16)

DPVKOM: Viele Zusteller sind überlastet

(dbb) „Der hohe Krankenstand im Bereich der Zustellung bei der Deutschen Post zeigt eines ganz deutlich: Viele Brief- und Paketzusteller können die vorhandene Arbeitsmenge schlichtweg nicht mehr bewältigen und werden infolgedessen krank. Die Überlastung der Beschäftigten muss daher schnellstens gestoppt werden.“ Dies forderte der Bundesvorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, anlässlich des Tages des Zustellers am 6. Juni 2016.

So lag der tendenziell seit Jahren steigende Krankenstand bei den Zustellern zuletzt im bundesweiten Durchschnitt bei über zwölf Prozent (ohne Langzeiterkrankte). Dies führt dazu, dass hierzulande Haushalte tagelang keine Briefe oder Pakete bekommen, zumal das Unternehmen über viel zu wenige Vertreter für erkrankte Zusteller verfügt. Geyer: „Die Deutsche Post muss hier dringend gegensteuern. Wenn das Unternehmen weiterhin Marktführer bleiben will, dann muss es mehr Personal einstellen und die Arbeitsbelastung insbesondere bei älteren Kolleginnen und Kollegen verringern. Die Zusteller brauchen für ihre Zustellrouten realistische Zeitvorgaben und flächendeckend Arbeitsmittel, die die körperlich hohe Belastung reduzieren.“

Die mehr als 100.000 Brief- und Paketzusteller der Deutschen Post sowie den regionalen Tochtergesellschaften der DHL Delivery GmbH

müssen immer mehr schwere Werbepost und vor allem Pakete in der vorgesehenen Arbeitszeit ausliefern. Mit jeder jährlichen Neubemessung der Zustellbezirke wird die Arbeitsbelastung der Beschäftigten größer. Diese Neubemessung hat nämlich zur Folge, dass ein Zusteller immer mehr Haushalte zu bedienen hat. Viele Beschäftigte sind daher mittlerweile nur noch im Laufschrift unterwegs und fangen vor ihrem eigentlichen Dienstplanbeginn an zu arbeiten, um die Arbeit überhaupt bewältigen zu können, erläuterte Geyer. Vor diesem Hintergrund fordere die DPVKOM einen wirksamen Überlastungsschutz für die Beschäftigten. Die Arbeitsmenge muss gerechter verteilt werden. Außerdem brauchen Betriebsräte und Gewerkschaften ein Mitspracherecht bei der Festlegung der Bemessungswerte, die bislang allein vom Arbeitgeber bestimmt werden. (08/21/16)

VBB zu Gesetzesnovelle: Soldatenbeteiligung bleibt Thema

(dbb) Zu einem Meinungsaustausch über die Novellierung des Soldatenbeteiligungsgesetzes (SBG) haben sich die Abgeordnete des Deutschen Bundestages Gabi Weber (SPD) und der Bundesvorsitzende des Verbandes der Beamten der Bundeswehr e.V. (VBB), Wolfram Kamm, am 1. Juni 2016 in Berlin getroffen.

Kamm machte deutlich, dass der Verband mittelbar durch die Veränderungen im SBG betroffen ist. Grundsätzlich befürworte der VBB die Stärkung der Beteiligungsrechte der Soldatinnen und Soldaten. Diese Verbesserungen dürften jedoch nicht zu Lasten der zivilen Statusgruppen gehen, so der VBB-Vorsitzende.

Eine mit den vorherigen Referentenentwürfen des Verteidigungsministeriums beabsichtigte Verschlechterung bei den zivilen Statusgruppen habe der VBB verhindern können. Vorge-

sehen war, die Statusgruppe der Soldaten durch die „Hintertür“ zu einer weiteren Beschäftigtengruppe nach dem Bundespersonalvertretungsrecht zu machen. In der Folge wären die Anzahl der zu wählenden zivilen Personalräte verringert, die der Statusgruppe der Soldaten fast durchgängig erhöht worden. Diese „Schlechterstellung“ sei - auch mit Hilfe der Verteidigungspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion - verhindert worden, so Kamm. (09/21/16)

VBE begrüßt Urteil gegen Cybermobbing

(dbb) „Das ist ein Signal in die richtige Richtung.“ Mit diesen Worten kommentierte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, das Urteil des Amtsgerichts Düsseldorf gegen eine 14-jährige Schülerin. Diese hatte ihren Lehrer fotografiert

und das Bild mit einem beleidigenden Kommentar („behinderter Lehrer ever“) auf ihrer Facebook-Seite veröffentlicht.

„Wir finden es richtig, dass ein solch schwerwiegender Fall gerichtlich geklärt wird, denn diese Ereignisse nehmen zu. Viele Lehrkräfte stehen durch Schule beziehungsweise Schulaufsicht unter Druck, in der Öffentlichkeit nicht darüber zu sprechen, weil das ein schlechtes Licht auf die Schule werfen könnte. Daher haben wir großen Respekt für den Kollegen, der jetzt vor Gericht gezogen ist. Das erfordert Mut“, stellte Beckmann fest.

Die Schulen müssten intern klare Regelungen treffen, wie mit sozialen Medien und dem damit verbundenen Mobbing umzugehen ist. Dieser Schulkodex sei von der Schulkonferenz zu beschließen. „Jeder, der an der Schule arbeitet oder lernt, hat damit ein stabiles Fundament, um sich gegen solche Angriffe zu wehren.“ Der VBE hatte bereits vor einiger Zeit einen Leitfa-den zum Umgang mit Social Media an Schulen herausgebracht.
(10/21/16)

DPhV: Länder ohne Verbeamtung von Lehrkräften werden die Verlierer sein

(dbb) Nicht nur einen massiven Lehrermangel, sondern auch einen mittelfristig eintretenden Qualitätsverlust an den Schulen in Sachsen, Thüringen und Berlin befürchtet der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger, falls diese Bundesländer nicht umgehend von ihrer Praxis abgehen, Lehrkräften den Beamtenstatus zu verweigern.

Nach offiziellen Berechnungen sowie Schätzungen des Philologenverbandes fehlen allein in Berlin bis zu 2.000 Lehrkräfte an den Schulen, davon fast 1.000 an Grundschulen. In Thüringen beziffert die Landeselternvertretung den Lehrermangel auf 1.500 Lehrer, die für den Herbst geplanten 500 Neueinstellungen reichten nicht einmal, um die ausscheidenden Lehrkräfte zu ersetzen. In Sachsen würden fast 2.000 Lehrkräfte im Sommer gebraucht, während aber nur 900 sächsische Referendare ihren Vorbereitungsdienst abschließen und für Einstellungen zur Verfügung stehen, so Meidinger am 8. Juni 2016.

In allen drei Bundesländern bestehe wegen einer dramatischen Überalterung der Lehrerkollegien in den nächsten fünf Jahren ein deut-

lich erhöhter Lehrereinstellungsbedarf. Meidinger prophezeite diesen drei Bundesländern, dass sie mit den Arbeitsbedingungen und den Angestelltenverträgen, die sie Junglehrern aktuell anbieten, kaum Chancen hätten, Lehr-
amtsbewerber aus anderen Bundesländern zu einem Wechsel zu bewegen.

Er betonte: „Berlin, Sachsen und Thüringen drohen zu Verlierern bei der Besetzung von Lehrerstellen zu werden, falls sie nicht ihre Einstellungspraxis ändern und Lehrkräfte verbeamteten. Zudem müssten in diesen Ländern auch deutlich mehr Lehrer eingestellt werden als derzeit geplant, um die Bildungsqualität zu erhalten beziehungsweise zu verbessern.“
(11/21/16)

Namen und Nachrichten

(dbb) In den Tarifverhandlungen für den Retungsdienst Landkreis Oder-Spree haben **komba gewerkschaft** und **dbb** am 6. Juni 2016 eine Einigung mit den Arbeitgebern erzielt. Im Bereich Notfallsanitäter (NFS) wird rückwirkend ab Januar 2016 eine echte Eingruppierung eingeführt. Das tarifvertragliche System bei der Angleichung an das Gehaltsniveau aus 2012 wird auch für Notfallsanitäter angewendet. Ausgangspunkt ist die Eingruppierung der Notfallsanitäter im kommunalen Bereich in der neuen Pflgetabelle des TVöD.

Die Spitze des **tbb** beamtenbund und tarifunion thüringen (tbb) hat sich am 3. Juni 2016 mit dem Präsidenten des Thüringer Landesverwaltungsamtes (TLVwA) Frank Roßner getroffen. Thema des Gesprächs war die Zukunft des TLVwA. Beide Seiten sprachen sich für den Erhalt des Amtes aus. Einig waren sich die Gesprächspartner auch darüber, dass eine attraktive Landesverwaltung notwendig sei und dies auch bedeute, Veränderungen zuzulassen. Neben einer Strukturreform solle deshalb auch nach Möglichkeiten der Prozessoptimierung innerhalb der Verwaltung gesucht wer-

den. Doppelstrukturen müssten abgeschafft und Verantwortlichkeiten klar benannt werden.

Ein Konzept zur Retterung der Nachtzüge in Deutschland hat das Bündnis „Bahn für alle“ vorgelegt, dem neben Verkehrsexperten, Parlamentariern und Umweltschützern auch der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und dbb Vize **Claus Weselsky** angehört. Die Deutsche Bahn hatte angekündigt, zum Jahresende das gesamte Netz einzustellen. „Zehn Jahre das rollende Material abschreiben, 30 Jahre Geld verdienen und dann nicht in neue Züge investieren wollen, das ist die Strategie des Bahn-Managements“, sagte Weselsky bei der Vorstellung am 31. Mai 2016 in Berlin. „Hier wird ein Geschäftsfeld krankgerechnet, das es nicht ist.“ Zu befürchten sei mit dem Ende der Nachtzüge auch ein Stellenabbau. „Davon sind Zugbegleiter, Lokführer und Rangierer betroffen. Und nicht für alle wird es im Konzern entsprechende Arbeitsplätze geben“, so Weselsky. Das Konzept LunaLiner sieht einen Nachtzugfahrplan für Verbindungen in Deutschland und in sämtliche Nachbarländer auf 17 Hauptstrecken vor.

Als Vorbeugung gegen massive sexuelle Übergriffe durch Flüchtlinge wie in der Kölner Silvesternacht fordert die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) ein härteres Vorgehen gegen die Täter und mehr Video-Überwachung. DPoIG-Vorsitzender **Rainer Wendt** sagte der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Ausgabe vom 6. Juni 2016): „Die Täter müssen eine sofortige Reaktion des Staates spüren.“ Solche gewalttätigen Asylbewerber müssten sofort in Haft kommen und dort den Ausgang ihres Asylverfahrens abwarten. Aus der Haft heraus müsse dann die Abschiebung erfolgen. „Das wäre ein deutliches Signal an die Täter: Wer grabscht oder prügelt, den schicken wir wieder nach Hause“, sagte Wendt.

Der Verband Bildung und Erziehung (VBE) unterstützt den Vorschlag des SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, das Kooperationsverbot abzuschaffen. Der VBE-Bundesvorsitzende, **Udo Beckmann**, machte am 6. Juni 2016 erneut deutlich: „Zehn Jahre nach der Föderalismusreform ist es nun endlich bei der Politik angekommen: Gute Bildung braucht Unterstützung vom Bund und die Möglichkeit einer übergreifenden Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Das Kooperationsverbot gehört abgeschafft.“ An Gabriel richtete Beckmann den Appell, schnellstmöglich einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten. „Wir erwarten, dass den Worten Taten folgen und ein Gesetzesentwurf zur Aufhebung des Kooperationsverbots vorgelegt wird.“

Der Bund Deutscher Forstleute (**BDF**) wird auf der 17. KWF-Tagung vom 9. bis zum 12. Juni 2016 in Roding in der Oberpfalz mit einem Stand vertreten und Anlaufpunkt für Forstleute, Studierende, Auszubildende und alle anderen Interessierten sein. Die Vertretung der Forstleute in Deutschland will dort das neue Waldprogramm „Wald für alle“ vorstellen und einen BDF-Unternehmerparcours anbieten. Hier können sich Studierende bei Unternehmen über Berufsperspektiven und Praktika informieren und Tipps für die Ausrichtung des Studiums bekommen. Die 17. Tagung des Kuratoriums für Waldarbeit und Forsttechnik e.V. (KWF) ist die weltweit größte Forstdemo-Messe des Jahres und damit der wichtigste internationale Branchentreff. Über 500 Aussteller aus über 25 Ländern präsentieren neueste Entwicklungen und den aktuellen Stand der Technik. Die Tagung steht 2016 unter dem Motto „Wälder, Menschen, Märkte – Forstwirtschaft nutzt natürlich!“.

(12/21/16)

Termine zum Vormerken

11. dbb Medienkonferenz

„Reformdruck, Sparzwang, Glaubwürdigkeitsproblem – Ist der Auftrag der Öffentlich-Rechtlichen in Gefahr?“
Berlin, 19./20. September 2016

3. Seniorenpolitische Fachtagung

„Hat der Generationenvertrag eine Zukunft? Alterseinkünfte heute und morgen“
Berlin, 26. September 2016